

An den Vorsitzenden
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
Herrn Bernd Petelkau

An die Vorsitzende des Kölner Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

AN/2578/2021

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	29.11.2021

Änderungsantrag zu 8.1 – Auslastung und Wartezeiten beim Amt für Bürgerdienste und beim Ausländeramt der Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Petelkau,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, beigefügten Änderungsantrag zu TOP 8.1 auf die Tagesordnung des AVR vom 29.11.2021 zu setzen:

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Personalschlüssel beim Amt für Bürgerdienste und den Bezirksausländerämtern dauerhaft bedarfsgerecht und serviceorientiert anzupassen. Die erforderlichen Stellen sollen durch Umschichtungen des in der Ratssitzung am 09.11.2021 beschlossenen Stellenplans 2022 erfolgen. Dies ermöglicht z. B. die Inanspruchnahme des zentralen Mehrstellenkontingents.
2. Um die erhöhte Auftragslage beim Amt für Bürgerdienste und den Bezirksausländerämtern zeitnah zu bedienen, sollen kurzfristige Möglichkeiten ausgelotet werden, ob Mitarbeiter*innen aus anderen Dienststellen aushelfen können.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, die verlässliche Erreichbarkeit des Ausländeramtes und der Bezirksausländerämter sicherzustellen. Dies kann unter den Bedingungen der Corona-Pandemie z. B. über eine sogenannte „offene Eingangszone“ erfolgen. Dort sollten – natürlich unter Beachtung der

Hygieneschutzmaßnahmen – Kund*innen der Behörden persönlich Kontakt herstellen oder Unterlagen beweissicher einreichen können.

4. Dem AVR soll ein Bericht über den Rückstandsabbau und weitere Maßnahmen zur Beseitigung der Probleme (lange Bearbeitungszeiten, langes Warten auf Termine, Erreichbarkeit, Auslastung usw.) der betreffenden Ämter im Frühjahr 2022 vorgelegt werden.
5. Das Dezernat VI wird gebeten, dem AVR eine Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden städtischen Dienstgebäude und Räumlichkeiten vorzulegen und zu erläutern, wie dem zukünftig weiter wachsenden Bedarf an Arbeitsplätzen für das städtische Personal begegnet werden soll.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer